



Weltladen Würzburg
Plattnerstraße 14, 97070 Würzburg
initiative@weltladen-wuerzburg.de
www.weltladen-wuerzburg.de



info@visawie.org
www.visawie.org

Wahlkreisbüro Dr. Bärbel Kofler, MdB
Kniebos 3
83278 Traunstein

Würzburg, 4. August 2017

Sehr geehrte Frau Dr. Kofler,

wie bei unserem Treffen im Weltladen Würzburg am 3. 6. dieses Jahres kurz angesprochen, wurden wir im Zuge einer von uns geplanten Veranstaltung mit dem Thema "Visavergabe" konfrontiert.

Konkret ging es dabei um den Besuch einer Theater- und Musikgruppe aus dem Projekt "Espace Masolo" in Kinshasa. Die fünf Jugendlichen sollten im Rahmen des Programms der KinderKulturKarawane (www.kinderkulturkarawane.de) in Deutschland auf Tour gehen. Doch von "Maison Schengen" in der Belgischen Botschaft in Kinshasa wurde der Gruppe das Visum verweigert. Und zwar erst 10 Tage nach der ursprünglich geplanten Abreise. Die Begründung: "die Rückkehrwilligkeit sei nicht nachgewiesen" und "der Sinn der Reise sei nicht ersichtlich". Die beiden erwachsenen Tourbegleiter bekamen ihr Visum kurz vor dem Abreisedatum. Dabei hatten alle Mitglieder der Gruppe die gleiche Einladung und die gleichen Dokumente. Wir halten es für empörend, wie Botschaften Visa aus unerklärlichen Gründen ablehnen. Zudem hat die KinderKulturKarawane durch diese Praxis der Belgischen Botschaft über 10.000 Euro an öffentlichen Mitteln für Flüge, Pässe und andere Dokumente verloren. Auch das kann nicht im Interesse der deutschen und europäischen Behörden sein.

Da Sie im Gespräch angeboten hatten, sich mit dieser Thematik zu befassen, wenden wir uns nun gemeinsam mit der Initiative *VisaWie?* an Sie und rufen Sie auf, sich im Rahmen ihrer politischen Möglichkeiten für ein Ende der diskriminierenden Visa-Vergabepaxis durch die EU-Staaten und andere Mitglieder des Schengen-Raumes einzusetzen.

In dem oben beschriebenen Fall handelt es sich weder um einen Einzelfall noch um eine Besonderheit der Belgischen Botschaft. Gleiches gilt für die Praxis an Deutschen Botschaften. Das zeigen mehrere Anfragen an die Bundesregierung, Presseartikel und die Dokumentationsarbeiten der Initiative *VisaWie?* (www.visaexperiences.org).

In der Antwort auf die kleine Anfrage vom 21.03.2017 (Drucksache 18/11588) erteilt die Bundesregierung Auskunft über die Höhe von abgelehnten Visa-Anträgen. Die Statistiken

geben ein eindeutiges Bild davon wie Anträge, mitunter auch innerhalb eines Landes, höchst unterschiedlich behandelt werden. Insbesondere in wirtschaftlich ärmeren Regionen oder Ländern, aus denen viele Asylsuchende kommen, werden Visumanträge überdurchschnittlich häufig abgelehnt. Mag die weltweite Ablehnungsquote von 6,7% noch insgesamt harmlos anmuten, so macht die hohe Ablehnungsquote in bestimmten Ländern stutzig. Von beantragten Visa in beispielsweise Albanien, Angola oder Nigeria (um nur wenige zu nennen) wird ungefähr jedes dritte abgelehnt. Diese Zahlen zeugen davon, wie die Herkunft darüber entscheidet, ob man das Privileg zum Reisen genießt oder davon systematisch ausgeschlossen wird.

Die Antragsteller*innen müssen hohe Gebühren zahlen, lange Reisen auf sich nehmen, sind sehr langen Wartezeiten ausgesetzt und dabei stets damit konfrontiert, das Visum letztendlich doch nicht zu erhalten.

Ein ähnliches Bild vermittelt gleichermaßen die Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage zu „Visaerteilungen für Freiwilligendienstleistende und Teilnehmende an Austauschprogrammen in Deutschland“ (Drucksache 18/12540).

Mit einer der häufigsten Gründe für eine Ablehnung ist der unterstellende Vorwurf der fehlenden „Rückkehrbereitschaft“. Dabei geht die Behörde davon aus, dass sich die Person nach Ablauf des Visums „illegal“ oder durch Stellen eines Folgeantrages längerfristig in Deutschland aufhalten möchte. Dies kann jedoch nicht an objektiven Kriterien festgemacht werden. Somit unterliegt jeder Antrag der willkürlichen Bearbeitung von Mitarbeiter*innen in den Botschaften.

Als Mitglied im Untersuchungsausschuss zur Visa-Politik und als Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik, sind Ihnen diese Umstände sicherlich nicht neu. Als Teil der Bundesregierungen haben Sie Handlungsspielraum, können auf diese Missstände hinweisen und konkrete Handlungsvorschläge an die Regierung machen. Wir bitten Sie, dem Bundesminister des Auswärtigen Amtes Gestaltungsvorschläge zu einer anderen Visa-Politik zu machen. Fordern Sie ihn auf, die Praxis der Visavergabe in den Botschaften genau unter die Lupe zu nehmen, um willkürliches und diskriminierendes Verhalten der Mitarbeiter*innen aufzudecken. Hinweise, auf derartiges Handeln gibt es zu genüge. Setzen Sie sich gemeinsam mit uns für ein transparentes und faires Visaverfahren ein!

Zuletzt möchten wir Sie noch darauf hinweisen, dass wir diesen Briefwechsel offen führen werden.

Wir finden es wichtig, dass Sie daran Interesse zeigen und freuen uns deshalb, wenn Sie diese Anliegen ernst nehmen und weiterhin einen konstruktiven Austausch ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen



Aaron Scheid (VisaWie?)

Thomas Mitschke (Weltladen Würzburg)